

genball.

uckelhaus
der Kriegskasse
o m m t.

Magdeburger
elikateß-
uerkraut
Vfd. 8 Pf.
Pfd. 15 Pf.
hlt bestens
s Küchler, Baderg.

ff. echten
eibenhonig
billigt
ert Köchermann,
Hohndorf.

J u r i n

uchungen z. sich. Er-
g und Befestigung
esichtl. innen Cr-
igen, bei trüben Linsen
notig, nur Angabe
erson und Alter
1, werden gewissen-
6 Spezialität aus-
H. Otto Lindner,
er und Chemiker,
n. Altst., chem. Va-
Silbermannstr. 17.
er Post erbeten.

ATENTE
atenanwalt
K-LEIPZIG

Die
wahl i. Staatsien.
sten über Annahme,
ung, Prüfung, Bi-
und Beförderung,
lichen Zweigen des
i. Staats-, Militär-
ariedienstes. Mit
der erreichbaren
und Einkommen.
mischen Quellen
Dreger. 7. Aufl.
heftet 3.60 M.
O M.

lester und Gier
Deutschland brüten-
gel. — Mit 229
Abbildungen. Von
Willibald. 3.
Aufl. 3 M.

Fidelitos.
ft, enthaltend Lust-
Aoulets (mit
Vorträgen, Spiele.
2 M. Probeheft,
enthaltend, 40 Pf.
Koch's Verlag
den und Leipzig.

Anzeige.

... dass gestern
ere gute Mutter,
wester,

Wille

sem, schwerem

nterlassenen.

vormittag 11

Lichtenstein-Gaßlberger Tageblatt

Wochen- und Nachrichtenblatt

früher

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Köditz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Rüßen.
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 23.

Berichtszeitraum

Donnerstag, den 29. Januar

53. Jahrgang. Telegrammadresse: 1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 M. 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 60 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Postanstalten, Postboten, sowie die Aussträger entgegen. Interessenten werden die flinsgepaßte Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Interessenten täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Zum „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Interessenten kostet die beschriebene Zeile 15 Pfennige. —

Ruhr- und Brennholz-Auktion auf Oberwaldenburger Revier.

Es sollen

I. in der Restauration „zum Wind“ in Wüstenbrand

Donnerstag, den 5. Februar 1903

vormittags 10 Uhr

2 Am. bi. und 29 Am. Ndlh.-Klöppel, aufgestellt auf Langenberger Höhe Abt. 1, 2, 6, 0, 30 Wlhdt. Lbh. u. 43, 40 Wlhdt. Ndlh.-Reisig

II. im Hotel „Gewerbehaus“ in Hohenstein-Er.

Mittwoch, den 11. Februar 1903

vormittags 9 Uhr

61 Ndlh.-Stämme	von 10—30 cm Mittst.
24 bi. 7 bi. Stämme	10—22 "
4 " 7 "	23—60 "
54 Ndlh. Klöpfer	10—22 " Oberst.
1 Eberesche, 24 bi. 14 buch. Klöpfer	9—22 " Hauptrevier
" 11 "	23—80 " Abt. 21, 23,
710 Ndlh.-Stangen	3—4 " Untst. 25 bis 28,
1480 "	5—9 " 34, 36 bis 38
375 "	10—15 " und 40
2 Am. Lbh. u. 7 Am. Ndlh.-Brennscheite	aufbereitet im
15 " 20 "	Brennkläppel,
221 " fi. Schneidefreiig und	Hauptrevier
3, 0 Wlhdt. Lbh. u. 34, 40 Wlhdt. Ndlh.-Reisig	12 Zentimeter im Quadrat groß und aus undurchsichtigem weißen Papier hergestellt sein; sie sind am Vorstandsstiel in der erforderlichen Zahl bereit zu halten und in Empfang zu nehmen. Jeder Wähler hat nach Empfang des Umschlages den bereitgestellten Nebenraum zu betreten, wo er unbeobachtet den Stimmzettel in den Umschlag legen kann. Der Wahlvorstand hat alle Stimmzettel zurückzuweisen, die nicht in dem Nebenraum in den Umschlag gelegt worden sind. Weiter wird noch bekannt, daß die Wahlhandlung bis 7 Uhr abends statt bisher bis 6 Uhr abends dauern soll. Die Kosten sollen in der Haupthälfte die Gemeinden tragen, jedoch soll es den Bundesstaaten überlassen bleiben, die Kosten der erforderlichen Neuerrichtungen selbst zu übernehmen. Gegenüber den reaktionären Bemängelungen der neuen Maßregel verdient Erwähnung, daß ähnliche Schutzmaßregeln für Sicherung des Wahlgeheimnisses, wie sie jetzt im Reiche geplant werden, in Australien bereits seit 50 Jahren bestehen und von dort nach England, den Vereinigten Staaten von Amerika und eine Reihe von anderen Staaten übertragen wurden. Dieser Isolieraum und die Wahlurteile bestehen bereits seit 1896 auch in Baden. Es ist also durchaus unangebracht, von dieser Maßregel als von einem Sprung ins Dunkle zu sprechen. Wer ihr widerstrebt, der setzt sich dem begründeten Verdacht aus, an einer unzulässigen Beeinflussung des allgemeinen Wahlrechtes interessiert zu sein.

versteigert werden.

Kürsl. Schönb. Forstverwaltung Oberwaldenburg.

Die Venezuela-Frage.

Obwohl der Konflikt Venezuelas mit den fremden Mächten mühselig genug endlich in das Stadium diplomatischer Kleinarbeit hineingebracht worden ist, wie sie durch die anhebenden Besprechungen zwischen den Vertretern der beteiligten Parteien in Washington dargestellt wird, so erscheint doch sein allgemeiner Stand noch immer ziemlich verdächtlich und kritisch. Dies namentlich infolge der fortgesetzten Hetzereien der deutschfeindlichen amerikanischen Presse gegen Deutschland, wie soche auch jetzt wieder anlässlich der Zerstörung des Forts San Carlos an der Maracaibo-Bucht durch Schiffe des deutschen Blockadegezadwers ins Werk gesetzt worden sind. Wiederum, wie es schon bei der Beschiebung des Forts von Puerto Cabello, werden die Deutschen von der gedachten chauvinistischen Presse beschuldigt, bei der Aktion von San Carlos in rücksichtsloser und provozierender Weise vorgangen zu sein und hierdurch die Gefühle und Empfindungen des amerikanischen Volkes verletzt zu haben. Aus privaten Berichten erhellt hinlänglich, wie bedenklich bereits dieses neuerliche antideutsche Preßtreiben in Amerika dort die öffentliche Stimmung zu Ungunsten Deutschlands beeinflußt hat und wie sich selbst die Washingtoner Regierungstruppen eines gewissen Misstrauens gegenüber den Plänen und Absichten der deutschen Regierung nicht zu erwehren vermögen. Und doch sind auch jetzt die gegen Deutschland und das deutsche Blockadegezadwer erhabenen amerikanischen Anschuldigungen wieder ganz leidlich geschleudert worden, und es ist daher nur um so beflagenswerter, daß sie in der Bevölkerung Amerikas und im Washingtoner Parlament anscheinend ohne weiteres geglaubt wurden. Denn der nun veröffentlichte amtliche Bericht des deutschen Kommodore Scherer hat ja festgestellt, daß in der Affäre von San Carlos die Venezolaner der herausfordernde Teil waren, daß von dem venezolanischen Fort das Kanonenboot „Panther“ ganz grundlos beschossen wurde, und daß dann erst das erfolgreiche Bombardement des Forts als Straftat vor sich ging. Diese den Venezolanern erteilte abermalige scharfe Kettion von deutscher Seite war also vollkommen gerechtfertigt und man darf nach dieser Feststellung wohl hoffen, daß nunmehr wenigstens die leitenden Washingtoner Kreise die Vorgänge bei San Carlos in einem für Deutschland freundlicheren Lichte ansehen werden.

Inzwischen haben sich die in einem Teile der deutschen Presse geführten Besichtigungen, daß die Beschiebung von San Carlos ungünstig auf die diplomatische Verständigungskonvention in Washington einwirken, mindestens ihren Beginn verzögern werde, als unbegründet herausgestellt. Laut einer offiziösen Meldung aus Washington tauschte Bowen, der Vertreter Venezuelas, mit den Vertretern Deutschlands, Englands und Italiens schriftliche Erklärungen wegen Aufhebung der Blockade der venezolanischen Küste aus. Die Vertreter der drei Großmächte sagten die sofortige Aufhebung der Blockade zu, sobald zwischen ihnen und Bowen ein Abkommen mit den von den Mächten aufgestellten Bedingungen abge-

schlossen sei. Letztere betreffen namentlich die von Venezuela zu leistenden Bürgschaften, als solche sind venezolanischerseits die teilweise Zolleinkünfte der Häfen La Guaria und Puerto Cabello angeboten worden. Es muß sich ja bald herausstellen, ob man es hierin nur mit einer neuen Finte des Präsidenten Gastro zu tun hat, oder ob er es diesmal wirklich ehrlich und aufrichtig meint. jedenfalls ist die Stellung des Diktators von Venezuela im Lande keineswegs eine so feste und gesicherte, wie dies Meldungen aus Caracas der übrigen Welt immer vorstippielen wollten. Die finanziellen Schwierigkeiten häufen sich für ihn immer mehr, und auch der Aufstand der venezolanischen Rebellen pfeift noch lange nicht auf dem letzten Loche; erst letzter Tage haben sie in der weiteren Umgebung von Puerto Cabello den Regierungstruppen wieder eine empfindliche Niederlage beigebracht. So wäre es allerdings einigermaßen erklärlich, wenn jetzt Sennor Gastro gegenüber den Mächten wirklich einzulenken beabsichtigen sollte, wie aus dem Anerbieten eines Teiles der Zolleinnahmen Venezuelas als Sicherung für die Entschädigungsforderungen der Mächte beinahe zu schließen wäre. Nur steht zu wünschen, daß er von amerikanischer Seite keine weiteren Aufmunterungen mehr erfährt, den Feinden fernerhin Trost zu bieten, denn zweifellos haben speziell die deutschfeindlichen Hetzereien der amerikanischen Zingopresse Gastro nicht wenig in seinem bisherigen frechen Auftreten verstärkt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die gestrige Illumination zu Ehren des Geburtstages des Kaisers gestaltete sich namentlich im Zentrum der Stadt Berlin äußerst effektiv. Bis in späte Nachstunden waren die Straßen von einer zahlreichen Menge belebt, doch werden Unfälle bisher nicht gemeldet. — Den Abschluß der Feier bei Hof bildete eine Gala-Vorstellung im Opernhaus, der der Kaiser mit seinen Gästen beiwohnte. — Bei der Feier des Reichstages brachte Bismarck Graf Solberg den Kaiser-Trost aus. In seiner Rede gab er u. a. der Hoffnung Ausdruck, daß er das Amt, welches er jetzt vertretungsweise inne habe, bald den bewährten Händen desjenigen werde zurückgeben können, der es bisher verwaltet habe. Im Herrenhaus sprach Bismarck v. Kröcher. — Die Festakte der städtischen Körperschaften, des Militärs und zahlreicher Privat-Vereine verliefen in gewohnter Weise.

* Das bei der Abwickelung der Angelegenheit der Kronprinzen in zwischen dem Kronprinzen und dem Königlichen Hofe Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist, wie aus erster Quelle gemeldet wird, völlig aus der Lust gegriffen. Auch die Gerüchte von einer Abdankung des Königs könnten einer Berichtigung bedürfen, da der König fühlt sich jetzt bedeutend wohler und denkt nicht daran, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen.

* Der Antrag des Reichskanzlers auf Änderung des Reichstagswahlreglements für Sicherung des Wahlgeheimnisses ist dem Bundesrat zugegangen; er lehnt sich durchweg an den vom Reichstag angenommenen Antrag Ritter an. Die Stimmzettel müssen 9 Zentimeter im Quadrat groß und von mittelstarkem weißen Schreibpapier sein. Die Umschläge sollen 12 Zentimeter im Quadrat groß und aus undurchsichtigem weißen Papier hergestellt sein; sie sind am Vorstandsstiel in der erforderlichen Zahl bereit zu halten und in Empfang zu nehmen. Jeder Wähler hat nach Empfang des Umschlages den bereitgestellten Nebenraum zu betreten, wo er unbeobachtet den Stimmzettel in den Umschlag legen kann. Der Wahlvorstand hat alle Stimmzettel zurückzuweisen, die nicht in dem Nebenraum in den Umschlag gelegt worden sind. Weiter wird noch bekannt, daß die Wahlhandlung bis 7 Uhr abends statt bisher bis 6 Uhr abends dauern soll. Die Kosten sollen in der Haupthälfte die Gemeinden tragen, jedoch soll es den Bundesstaaten überlassen bleiben, die Kosten der erforderlichen Neuerrichtungen selbst zu übernehmen. Gegenüber den reaktionären Bemängelungen der neuen Maßregel verdient Erwähnung, daß ähnliche Schutzmaßregeln für Sicherung des Wahlgeheimnisses, wie sie jetzt im Reiche geplant werden, in Australien bereits seit 50 Jahren bestehen und von dort nach England, den Vereinigten Staaten von Amerika und eine Reihe von anderen Staaten übertragen wurden. Dieser Isolieraum und die Wahlurteile bestehen bereits seit 1896 auch in Baden. Es ist also durchaus unangebracht, von dieser Maßregel als von einem Sprung ins Dunkle zu sprechen. Wer ihr widerstrebt, der setzt sich dem begründeten Verdacht aus, an einer unzulässigen Beeinflussung des allgemeinen Wahlrechtes interessiert zu sein.

* Graf Ballietz im ist zum erblichen Mitglied des Herrenhauses ernannt worden. Diese Ernennung kann in dem gegenwärtigen Augenblick nicht anders gedeutet werden, als daß dem Grafen Ballietz für sein Verhalten im Fall Krupp das allerhöchste Vertrauen ausgesprochen werden soll. Da Graf Ballietz zum erblichen Mitglied ernannt wurde, so geht sein Sitz im Herrenhaus bei seinem Ableben auf seine Familie über. Wie weit diese fächerliche Kundgebung den Grafen Ballietz in seiner Entschließung beeinflussen wird, das Präsidium des Reichstages bei seiner Wiederwahl neu zu übernehmen, steht dahin. Man darf aber wohl voraussetzen, daß auch von Seiten der Regierung der ernstliche Versuch gemacht werden ist, den Grafen Ballietz zur Annahme der Wahl zu bewegen.

* Neue Kriegssatzikel. Das „Marineverordnungsblatt“ veröffentlicht eine Kriegsordnung vom 10. Januar, wonach die Kriegssatzikel für die Marine von 1872 durch neue ersetzt werden und veröffentlicht sodann letztere, die 29 Artikel umfassen.

* Nach der „Neuen Bayer. Landeszeitung“ ist gegen den Ex-Jesuiten Freiherrn von Berlichingen eine Untersuchung wegen groben Unfanges begangen in seinen Vorträgen über Luther und die Reformation, in denen der Protestantismus heftig angegriffen wurde, eingeleitet worden.